die **Einbringungsrede zu Protokoll** gegeben. (Siehe Anlage 2)

Wir kommen somit auch hier direkt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfes Drucksache 16/6088** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend – sowie an den **Innenausschuss** und an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Ist jemand gegen die Überweisungsempfehlung oder enthält sich? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

15 Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Schwangerschaftskonfliktgesetz-Ausführungsgesetz – AG SchKG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6095

erste Lesung

Auch hier haben sich die Fraktionen darauf verständigt, nur die Einbringung des Gesetzentwurfes durchzuführen. Eine Debatte findet auch hier heute nicht statt. Frau Ministerin Schäfer hat die **Einbringungsrede zu Protokoll** gegeben. (Siehe Anlage 3)

Wir kommen damit auch hier direkt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des **Gesetzentwurfes Drucksache 16/6095** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** – federführend – und an den **Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation** sowie an den Ausschuss für **Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen zu dieser Überweisungsempfehlung? – Das ist nicht der Fall. Damit ist so überwiesen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

16 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Sprengstoffgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5788

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Drucksache 16/6142

zweite Lesung

Auch hier gibt es zwischenzeitlich eine Verständigung der Fraktionen. Die **Reden werden zu Protokoll** gegeben. (Siehe Anlage 4)

Wir stimmen damit direkt ab. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt in Drucksache 16/6142, den Gesetzentwurf Drucksache 16/5788 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung so Folge leisten? – Die SPD-Fraktion, die Piratenfraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen oder Gegenstimmen? – Das sehe ich nicht. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/6142 angenommen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 16/5788 in zweiter Lesung verabschiedet**.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

17 Gesetz über die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBSG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4774

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6219

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/6143

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6220

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Für die SPD-Fraktion spricht zunächst der Kollege Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem es nicht gelungen ist, auf die Debatte komplett zu verzichten, ein paar Gedanken von meiner Seite. Der heute abschließend in der Beratung befindliche Gesetzentwurf zielt darauf ab, die LBS West zukunftsfähig zu machen. Landesbausparkassen sollen nicht nur aufs Engste zusammenarbeiten, sondern auch fusionieren können. Außerdem wollen wir in dem heute zu beschließenden Gesetz die Privatisierungsmöglichkeit von Landesbausparkassen entfallen lassen.

Konkreter Anlass für das Gesetzesvorhaben ist, dass die LBS West die Landesbausparkasse Bremen auf sich verschmelzen will. Dafür ist eine Rechtsänderung erforderlich, die wir mit dem heutigen Gesetz vornehmen werden.

Anlage 4

Zu TOP 16 – „Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Sprengstoffgesetz“ – zu Protokoll gegebene Reden

Rainer Bischoff (SPD):

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Richtlinie 2006/213/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (EG-Dienstleistungsrichtlinie) war eine Regelung zur Ausführung bestimmter Verwaltungsverfahren nach dem Sprengstoffgesetz zu treffen. Diese Regelung ist im Jahr 2009 im Rahmen eines Artikelgesetzes, durch das „Ausführungsgesetz zum Sprengstoffgesetz“ erfolgt. Das Ausführungsgesetz ist in § 2 mit einer Befristung von fünf Jahren versehen worden; es würde deshalb am 31. Dezember 2014 seine Gültigkeit verlieren.

Da sich die durch die EG-Dienstleistungsrichtlinie gesetzten rechtlichen Rahmenbedingungen bisher nicht geändert haben und dies auch nicht zu erwarten ist, muss die materielle Regelung im Ausführungsgesetz weiterhin Bestand haben. Deshalb ist die in § 2 enthaltene Befristung zu streichen.

Ich bitte daher um Ihre Zustimmung.

Matthias Kerkhoff (CDU):

Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf hat den Zweck, die in § 2 vorgesehene Befristung von fünf Jahren zu streichen. Durch die Befristung würde das Ausführungsgesetz am 31. Dezember 2014 außer Kraft gesetzt.

Da sich die Europäische Dienstleistungsrichtlinie (DLR), die durch das „Ausführungsgesetz zum Sprengstoffgesetz“ vom 17. Dezember 2009 umgesetzt wurde, und die sonstigen rechtlichen Rahmenbedingungen bisher nicht geändert haben und dies auch nicht zu erwarten ist, soll das Ausführungsgesetz weiterhin seine Gültigkeit behalten. Deshalb ist die bisherige Befristung zum 31. Dezember 2014 aufzuheben.

In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 18. Juni 2014 haben alle Fraktionen dem Gesetzentwurf zugestimmt. Deshalb wird die CDU-Landtagsfraktion auch heute diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Martina Maaßen (GRÜNE):

Die Begründung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Sprengstoffgesetz ist für uns nachvollziehbar und richtig.

An dieser Stelle kann ich mich äußerst kurz fassen. Bei dem Änderungsgesetz geht es faktisch lediglich um eine Entfristung, damit die bewährte Handhabung über den 31.12.2014 hinaus Gültigkeit hat. Die EG-Dienstleistungsrichtlinie machte und macht diese Regelung zur Ausführung der aufgeführten Verwaltungsverfahren über eine einheitliche Stelle notwendig.

Die Fraktion der Grünen stimmt dem Gesetzentwurf zu.

Ulrich Alda (FDP):

Inhaltlich brauche ich die Änderung gar nicht mehr groß auszuführen.

Das Ausführungsgesetz zum Sprengstoffgesetz ist in § 2 mit einer Befristung von fünf Jahren versehen worden; deshalb würde es am 31. Dezember 2014 seine Gültigkeit verlieren. Da sich die Europäische Dienstleistungsrichtlinie und die sonstigen rechtlichen Rahmenbedingungen bisher nicht geändert haben und dies auch nicht zu erwarten ist, muss die materielle Regelung des Ausführungsgesetzes weiterhin Bestand haben.

In der Zeit der schwarz-gelben Landesregierung wurden Gesetzesvorhaben und Ausführungsverordnungen befristet. So sollte die Möglichkeit für eine erneute Evaluierung gegeben werden und sollten nicht mehr sachgerechte Regelungen überprüft werden.

Eine Befristung ist aus unserer Sicht generell sinnvoll, denn Rechtssätze müssen sich nicht nur bei Erlass, sondern gerade auch im Zeitablauf stets sachlich rechtfertigen lassen.

Das Ausführungsgesetz soll gemäß vorliegendem Gesetzentwurf nun entfristet werden. Im Rahmen einer Entfristung würden keine Kosten entstehen und Kommunen würden nicht belastet werden. Auch wenn wir zu einer konsequenten Befristung von Gesetzen zurückzukehren möchten, erkenne ich hier, dass diese Regelung weiterhin Bestand haben muss. Somit stimmen wir einer Entfristung zu.

Olaf Wegner (PIRATEN):

Das „Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Sprengstoffgesetz“, bei dem es sich um eine sinnvolle Entfristung handelt, wurde ohne Anhörung oder Debatte von allen Fraktionen einstimmig positiv abgestimmt.

Somit gebe ich meiner Fraktion hier und heute natürlich die Empfehlung, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales:

Der Gesetzentwurf dient lediglich dazu, die Befristung des Ausführungsgesetzes zum Sprengstoffgesetz aufzuheben. Das Ausführungsgesetz war 2009 zusammen mit anderen Gesetzen erlassen worden, um die EG-Dienstleistungsrichtlinie umzusetzen. Regelungsinhalt: Konkrete Bestimmung, welche Verwaltungsverfahren nach dem Sprengstoffrecht entsprechend der EG-Richtlinie durch eine sogenannte Einheitliche Stelle abgewickelt werden können.

Entsprechend der damaligen generellen Vorgabe der Landesregierung war auch das Ausführungsgesetz mit einer pauschalen Befristung von fünf Jahren versehen worden. Das Gesetz würde daher Ende 2014 außer Kraft treten.

Da sich die EG-Dienstleistungsrichtlinie nicht geändert hat, muss die im Ausführungsgesetz getroffene Regelung weiterhin Bestand haben. Daher soll die bestehende Befristung entfallen. Dies entspricht auch dem Kabinettsbeschluss vom 20. Dezember 2011, dass Gesetze nicht mehr befristet werden sollen.